

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/114

Bonn, den 18. Juni 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Kervöser Bundeskanzler</u> Nachwort zur Notstandsdebatte	50
2-4	<u>Das angebliche Interview von MdB. Professor Dr. Fritz Baade</u> Billige CDU-Propaganda mit Prager Behauptungen	110
4	<u>Presse und öffentliche Meinung</u> Zu einem Buch von Helmut Bauer, Nürnberg	30
5	<u>Belgrad zunehmend blocktreuer</u> Reserve gegenüber dem Westen Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	48
6	<u>Voreingenommenheit kann niemand nützen</u> Deutsch-niederländische Zusammenarbeit darf nicht gefährdet werden	49

+ + *

Wervöser Bundeskanzler
Nachwort zur Notstandsdebatte

sp - Bundeskanzler Erhard und Innenminister Hoehcherl blieb es vorbehalten, bei der zuerst ruhig und sachlich verlaufenen Debatte über die Notstandsgesetzgebung Töne anzuschlagen, die für den bevorstehenden Wahlkampf Schlimmes befürchten lassen. Den Ruf der Fairniß und der Redlichkeit, auf den sich Erhard so viel zugute tat, kann der Bundeskanzler seit Mittwoch dieser Woche nicht mehr für sich beanspruchen. Er wurde ein Opfer der Notstandsberatungen. Seine Rede vor dem Bundestag kommt, so die angesehene "Süddeutsche Zeitung", "jener Verwilderung politischer Sitten gleich, die dieser Mann selbst so oft beklagt hat" und sie knüpft daran die Frage, ob er sich selbst für eine überragende Ausnahmeerscheinung halte, "daß ihm alles erlaubt sei". Ein hartes, jedoch zutreffendes Urteil.

Offensichtlich glaubt der Bundeskanzler, die durch die Schuld der Regierungsparteien steckengebliebene, nicht mehr in dieser Legislaturperiode verabschiedungsreife Notstandsgesetzgebung zum Wahlkampfthema Nr. eins zu machen. Er gab dazu die Stichworte, indem er die Sozialdemokratie als eine Partei diffamierte, die kein Verständnis für die Abwehr von Volk und Staat bedrohenden Gefahren habe und den notwendigen Schutz des Bürgers vernachlässige. Das von ihm entworfenen und geschichtswidrigen Zerrbild einer großen deutschen Partei, deren Wirken aus hundertjähriger deutscher Geschichte nicht wegzudenken ist, trifft sich mit der seinerzeitigen Behauptung seines Vorgängers auf dem Kanzlerstuhl, Konrad Adenauer, ein Wahlsieg der SPD wäre der Untergang Deutschlands. Dieser böse Ausspruch eines verbitterten Mannes mit seinem Appell an die Instinkte der Furcht hat 1961 die Unionsparteien nicht vor dem Verlust der absoluten Mehrheit im Bundestag bewahren können; unser Volk, nun mündig geworden, will von der Verketzerung des politischen Gegners nichts wissen, es hat kein Gehör dafür.

Der Auftritt Erhards vor dem Bundestag läßt sich wohl nur vor dem Hintergrund der eigenen Unsicherheit erklären. Der CDU schwankt der Boden unter den Füßen. Der Ausgang der bevorstehenden Landtagswahlen im Saarland vermehrt die Unruhe in den eigenen Reihen. Lorbeeren sind für die stärkste Regierungspartei wahrlich nicht mehr zu holen.

In unserem Volk haben sich die Leistungen von sozialdemokratisch regierten Ländern und Städten herumgesprochen, der Vertrauenssockel der SPD ist stärker und solider geworden, der Wind schlägt ihr nicht ins Gesicht. Unqualifizierte Angriffe und demagogische Unterstellungen können leicht zum Bummerang für jene werden, die sich solcher Methoden bedienen. Mit seinem Auftritt hat sich Erhard nicht gerade mit Ruhm bedeckt, er hat "den Weg der nackten Demagogie eingeschlagen", so wiederum die "Süddeutsche Zeitung". Unser Volk hat einen solchen Bundeskanzler, der sich so entblöste, nicht verdient, es braucht einen besseren. Erhard selbst hat dies überaus deutlich gemacht.

Das angebliche Interview von MdB. Professor Dr. Fritz Baadé

Billige CDU-Propaganda mit Prager Behauptungen

sp - In Ermangelung wirksamer Argumente stützt sich die CDU neuerdings bei ihrer Propaganda gegen die SPD sogar auf trübe kommunistische Quellen. So geistert seit einiger Zeit in Rednerdispositionen und mehr oder weniger getarnten Presseinformationen ein angebliches Interview des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten, Professor Dr. Fritz Baadé durch die Lande, das dieser angeblich einem tschechoslowakischen Journalisten gegeben haben soll. Dazu schreibt uns Prof. Dr. Baadé.

* * *

"Schon vor etwa einem Monat hatte der CDU-Pressedienst behauptet, ich hätte der Prager Zeitschrift "Internationale Politik" ein Interview gegeben, in dem ich gesagt hätte, daß die Bundesrepublik Deutschland der "DDR" moralisch 100 Milliarden DM an "Reparationen" schulde. Die SPD hat diese Meldung sofort dementiert. Trotzdem ist das CDU-Organ "Deutsches Monatsblatt" nun nochmals auf die falsche Meldung zurückgekommen. Es schreibt:

"Wenn jetzt von der SPD gesagt werde, es habe sich nicht um ein Interview gehandelt, sondern nur um ein Gespräch, so knüpft daran die CDU die Bemerkung, worin denn der Unterschied liegt."

Die Antwort auf diese Frage ist sehr einfach: Ein Interview ist ein richtig wiedergegebenes Gespräch. Ein völlig falsch wiedergegebenes Gespräch dagegen kann niemals den Anspruch darauf erheben, als Interview gewertet zu werden.

Zur Sache: Ein tschechoslowakischer Volkswirt hatte mich im Januar 1965 besucht, um mit mir über die damals geplante tschechoslowakische Ausgabe meines Buches "Der Wettlauf zum Jahre 2000" zu sprechen. Zwei Monate später hat er aus seiner Erinnerung in der Zeitschrift "Internationale Politik" ein "Interview" daraus gemacht, das von Unsinnigkeit wimmelt.

Ein als Unsinn leicht erkennbarer Satz ist die Behauptung, ich hätte gesagt:

"Ich halte das Godesberger Programm, das später aufgegeben wurde, nicht nur als stets verbindlich, sondern auch als politisch zweckmäßig. Es enthält den sogenannten Deutschland-Plan, der von der Notwendigkeit einer Aufnahme von Beziehungen zur DDR ausging."

Jeder, der von deutscher Politik auch nur die geringste Ahnung hat, weiß, daß dies reiner Unsinn ist. Erstens ist das Godesberger-Programm noch heute für die SPD verbindlich, und zweitens war der Deutschland-Plan nicht Bestandteil des Godesberger Programms, sondern wurde lange vor der Verabschiedung des Godesberger Programms entwickelt. Die Herren vom CDU-Organ "Deutsches Monatsblatt" verstehen von deutscher Politik selbstverständlich genügend, um zu wissen, daß ich einen solchen Unsinn, wie er mir als wörtliche Äußerung in den Mund gelegt wird, nicht gesagt haben kann und daß damit aber auch der größte Teil von dem, was der Tschechoslowake über unsere Unterhaltung aus seiner offensichtlich sehr unklaren Erinnerung zusammengeschrieben hat, Wunschdenken eines kommunistischen Redakteurs und nichts anderes

ist.

Was ich über unsere Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung im östlichen Teil Deutschlands denke und auch öffentlich sage, ist folgendes:

Seit Jahren behaupte ich - und ich tue es auch heute noch -, daß der Wirtschaftsaufbau im östlichen Deutschland unter drei schweren Vorbelastungen erfolgt ist, nämlich: 1. der radikalen Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln und damit der Ausschaltung der Privatinitiative; 2. dem Flüchtlingsstrom, welcher der Wirtschaft dieses Gebietes hohe "Kapitalwerte" zugunsten des Westens entzog; 3. der Tatsache, daß das östliche Deutschland für Gesamtdeutschland Reparationen aus laufender Produktion für die von Hitler angerichteten Zerstörungen in Rußland bezahlt hat.

Ich habe stets gesagt und sage es auch heute noch, daß die erste Vorbelastung (Ausschaltung der Privatinitiative) und die zweite Vorbelastung (Verlust von Millionen Arbeitskräften als Folge der Beschränkung der menschlichen Freiheit) durch das dortige Regime zu verantwortende Vorbelastungen sind. Die dritte Vorbelastung aber gehört unzweifelhaft in den Bereich der gesamtdeutschen Verantwortung.

Die Volkswirtschaft im östlichen Deutschland hat durch den Flüchtlingsstrom sehr große Werte verloren. Ich habe diesen Verlust vor acht Jahren einmal mit 15.000 DM je einsatzfähige Arbeitskraft bewertet, und war auf Grund der Gesamtzahl zu einer Summe von 22,5 Milliarden DM gekommen. Seither ist der Flüchtlingsstrom in verstärktem Maße bis zur Errichtung der Mauer weiter gegangen, und die Summe, die die "DDR" dadurch an "Kapitalwerten" verloren hat, wäre heute auf das Doppelte zu schätzen.

Das kann aber niemals eine Reparationsforderung rechtfertigen. Immer wenn sich große Massen von Menschen auf die Wanderung begeben, bedeutet es einen Verlust für das Auswanderungsland und einen Gewinn für das Einwanderungsland. Mit einer ähnlichen Methode, wie ich die dem östlichen Teil Deutschlands verloren gegangenen und dem westlichen Teil Deutschlands zugute gekommenen Werte veranschlagt habe, hat schon im Jahre 1940 in dem vom Kieler Institut für Weltwirtschaft herausgegebenen "Weltwirtschaftlichen Archiv" ein international bekannter Wissenschaftler bezüglich der Vereinigten Staaten den Gewinn durch Einwanderung berechnet. Er ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß in den 110 Jahren von 1820 bis 1930 den Vereinigten Staaten von den Heimatländern der Einwanderer ein "kapitalisierter Wert" in der Größenordnung von 739 Milliarden DM übertragen worden ist. Das ganze amerikanische Wirtschaftswunder und die schließlich von Amerika erorbene Stellung als größtes Industrie- und größtes Gläubigerland der Welt beruhen entscheidend auf diesen ihm von den Herkunftsländern der Einwanderer übertragenen Werten. Und trotzdem kann kein Mensch auf die Idee kommen, daß nun die Heimatländer gegenüber den Vereinigten Staaten Reparationsansprüche in dieser Höhe, d.h. etwa in der Höhe der dreifachen Kosten des Ersten Weltkrieges, erheben könnten. Es liegt hier genau so wie mit dem Flüchtlingsstrom aus dem östlichen in das westliche Deutschland: Wenn die Menschen in ihrer Heimat nicht so viel Freiheit und nicht so viele Möglichkeiten des wirtschaftlichen Emporkommens haben wie in einem anderen Land, in das sie einwandern können, setzen sie sich eben in Bewegung, und das neue Vaterland ist dann dabei der Gewinner.

Die Motive der Wanderung waren im Falle östliches und westliches

Deutschland und Heimatländer der Ausländer und Vereinigte Staaten die gleichen. In keinem dieser Fälle ergibt sich daraus ein Reparationsanspruch.

Daß wir einmal dafür sorgen müssen, daß die Lebensmöglichkeiten für die Menschen im östlichen Teil unseres Vaterlandes ebenso gut sind wie im westlichen, ist völlig klar unsere Pflicht. Wir werden uns das auch Geld kosten lassen müssen. Aber mit noch so vielem Geld und selbst mit 100 Milliarden DM kann die Mauer nicht abgekauft und die Freizügigkeit der Menschen in Deutschland wiederhergestellt werden. Das, was im östlichen Teil Deutschlands auf dem Gebiet der Gewährung von Freiheitsrechten an die Menschen geschehen muß, ist für das Gelingen dieses wichtigsten Problems der deutschen Wiedervereinigung noch wichtiger als noch so vieles Geld."

+ + +

Presse und öffentliche Meinung

Zu einem Buch von Helmut Bauer, Nürnberg

sp - Wer im deutschen Pressewesen Bescheid wissen will, sollte das im Günter Olzog-Verlag, München, jetzt erschienene Büchlein von Chefredakteur Helmut Bauer, Nürnberg, lesen. Er wird dort nicht nur einen kurzen, aber sehr übersichtlichen Abriss der Geschichte des deutschen Pressewesens finden, sondern auch Einblick in den Aufbau der Presse in der sowjetischen Besatzungszone gewinnen können. Auch Hinweise auf Presse und öffentliche Meinung in anderen Staaten enthält das verdienstvolle Buch. Der Verfasser hat sich nicht nur mit der Darstellung von Fakten begnügt; er schildert auch Entwicklungen und Ausblicke. Das Problem der Konzentration im Pressewesen in der Bundesrepublik wird in Vergleich zu anderen Staaten gebracht, die unterschiedlichen Zeitungstypen, die Arbeitsweisen der Redaktionen und das Nachrichtenwesen werden dargestellt. Auch der Laie erhält einen Überblick über die Macht der Presse im demokratischen Staat sowie in jenen Ländern, deren Bevölkerung ein Diktaturregime erdulden muß. Selbstverständlich finden in diesem Buch auch die mit der Presse konkurrierenden öffentlichen Publikationsinstitutionen, wie Rundfunk und Fernsehen, vergleichende Beachtung.

Das Buch liest sich fast wie ein spannender Roman und sollte eigentlich jedem in die Hand gegeben werden, der sich mit den Problemen der öffentlichen Meinungsbildung befaßt. Wer über das hinaus, was er in dem Buch finden wird, mehr über Presse und Meinungsbildung erfahren will, kann sich an den Literaturhinweisen orientieren, die der Verfasser in reichlicher Auswahl seiner Arbeit anfügte. Auch die gesetzlichen Grundlagen der Pressearbeit finden in dem Buch von Helmut Bauer gehörende Berücksichtigung. Man spürt, daß der Verfasser ein Praktiker ist, der aus dem Vollen schöpft und viel Wissen weitergeben kann.

Belgrad zunehmend blocktreuer

Reserve gegenüber dem Westen

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Nicht nur der Besuch des jugoslawischen Staatspräsidenten Tito in Ost-Berlin war ein Beweis für das sich immer stärker wandelnde Verhältnis Jugoslawiens zum Ostblock. Denn so viele materiell-objektive Voraussetzungen diesen höchsten ostdeutsch-jugoslawischen Kontakt auch gefördert haben mögen, darf nicht übersehen werden, daß Belgrad genügend Möglichkeiten zur Verfügung gestanden haben, ihn zumindest noch nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt stattfinden zu lassen. Titos Reise nach Ost-Berlin ist als Ausdruck des jugoslawischen Begehrens zu werten, seine Beziehungen zum prosovjätischen Ostblock zu konsolidieren und auszubauen. Wie weit Belgrad in diesem Prozeß bereits gegangen ist, beweist am besten das tschechoslowakisch-jugoslawische Abschlußkommuniqué, das Tito und Novotny anlässlich des jugoslawischen Staatsbesuches unterzeichnet haben.

Ging es Tito in letzter Zeit stets darum, die Rolle Jugoslawiens unter den blockfreien Staaten sich auch von seinen kommunistischen Gesprächspartnern bestätigen zu lassen, fehlte dieser Gesichtspunkt in Prag fast vollständig. Das mag auf der neuen politischen Linie liegen, wonach alle "friedliebenden Kräfte", und darunter will Belgrad die kommunistischen Staaten, die nichtangegliederten Länder sowie alle sonstigen fortschrittlichen Kräfte in der kapitalistischen Welt verstanden wissen, eine einheitliche Front bilden sollen. In letzter Zeit wurde jedoch innerhalb dieser Konzeption die Bedeutung der kommunistischen Staaten überbetont. Dies ist um so auffällender als zur gleichen Zeit trotz der stets geprägten ideologisch-historisch gesicherten Überlegenheit des Kommunismus die Lösung der Entwicklungsprobleme zum Beispiel ausdrücklich als "eine ständige und unaufschiebbare Aufgabe der gesamten internationalen Gemeinschaft", wie es im tschechoslowakisch-jugoslawischen Kommuniqué hieß, bezeichnet wird.

Abgesehen von solchen gedanklichen Ungereimtheiten, verdient das tschechoslowakisch-jugoslawische Kommuniqué aber auch noch anderweitige Beachtung. Die lange Zeit von Belgrad an den Tag gelegte Reserve gegenüber dem Westen ist diesmal gleich in einigen wesentlichen Punkten aufgegeben worden. So werden die USA erstmals direkt "aggressiver Unternehmen" bezichtigt, während man früher in diesem Zusammenhang vorwiegend nur von "gewissen amerikanischen Kreisen" gesprochen hatte. Außerdem hat Belgrad wohl erstmals in einem offiziellen Dokument von der Notwendigkeit der "Normalisierung der Situation in West-Berlin" gesprochen.

Während die jugoslawische Haltung gegenüber dem Westen also eher unfreundlicher wird, fehlt andererseits im Kommuniqué jeder direkte Hinweis auf China. Die genannten Mittel zur Erreichung der immer herbeigesehnten Einheit der kommunistischen Weltbewegung sind so vage umschrieben, daß dies fast wie ein jugoslawisches Waffenstillstandsangebot an Peking anmutet, muß man auch die Aussichtslosigkeit eines solchen Unternehmens als gegeben voraussetzen. All dies macht Titos angekündigter Besuch in Moskau um so interessanter, weil er mehr Aufschluß über das immer einseitigere Einschwenken auf die außenpolitische Linie des Ostblocks gegen könnte.

Voreingenommenheit kann niemand nützen

Deutsch-niederländische Zusammenarbeit darf nicht gefährdet werden

sp. - Verlobungen in regierenden Fürstenhäusern waren schon seit eh und je bis zu einem gewissen Grad auch politische Vorgänge, die Heiratsabsichten einer Kronprinzessin naturgemäß erst recht. Deshalb ist nichts besonderes dabei, wenn in diesen Tagen in den Niederlanden die Verlobungsabsichten von Kronprinzessin Beatrix auch unter politischen Aspekten erörtert werden. Das war kaum anders, als die heutige Königin Wilhelmine und Prinz Bernhard sich ihr Jawort gaben.

So wie sich die Diskussionen aber jetzt im Zusammenhang mit der bevorstehenden Verlobung von Kronprinzessin Beatrix und dem 38 Jahre alten deutschen Diplomaten Hans von Amsberg entwickelt haben, drohen nicht nur innenpolitische Schwierigkeiten in den Niederlanden zu entstehen, sondern auch höchst unnötige Störungen für das zunehmend bessere Verhältnis zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland.

Diesseits der deutsch-niederländischen Grenze wird sich kaum jemand finden, der der niederländischen Presseargumentation zu folgen vermag, das Verlöbnis der Thronfolgerin sei politisch untragbar, weil der jetzt gerade 38 Jahre alte deutsche Diplomat vor 20 Jahren - also mit 18 Jahren - die Uniform der Wehrmacht des damaligen Deutschland getragen habe. Claus von Amsberg wird keineswegs vorgeworfen, er habe persönliches Unrecht getan: die "Vorwürfe" gipfeln darin, daß er der Wehrmacht angehörte. Und das ist, gelinde ausgedrückt, ein Gipfel der Voreingenommenheit.

Natürlich ist hierzulande nicht vergessen, daß die Machthaber des Dritten Reiches vor 25 Jahren die friedlichen Niederlande überfallen haben. Aber dafür ist weder Claus von Amsberg persönlich - noch seine Generation verantwortlich zu machen. Deutsche und Niederländer haben in den letzten Wochen den Weg zu einer hervorragenden Zusammenarbeit gefunden, ganz besonders in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und in der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft. Deutsche und Niederländer wollen aber darüber hinaus auch die politische Einigung der freien Staaten Europas - und die junge Generation ganz besonders.

Es wärd bedauerlich, wenn durch Voreingenommenheit, wie sie jetzt in einem Teil der niederländischen Presse zum Ausdruck gekommen ist, der gemeinsame Wille zur Zusammenarbeit gestört würde.

Kronprinzessin Beatrix und Claus von Amsberg werden sich, wenn nicht alles trügt, am 29 Juni offiziell verloben. Es wäre im Interesse beider Völker wünschenswert, wenn dieser Tag keine neuen Differenzen, sondern den Beginn einer noch engeren deutsch-niederländischen Freundschaft bringen würde. Da das Gros der Bevölkerung in beiden Ländern gegen das Verlöbnis offenbar nichts einzuwenden hat, sollten deshalb die kritischen Stimmen aus Rotterdam auch nicht überbewertet werden. - Deshalb war es auch wenig schön, daß Deutschlands größte Boulevard-Zeitung die Voreingenommenheit eines Leitertiklers der holländischen Zeitung "Het Vrije Volk" mit der Baikenüberschrift "Deutschenhasser gegen Beatrix Verlobung" breitgetreten hat. So werden möglicherweise auch in unserem Lande neue Voreingenommenheiten geweckt. Auch das sollte man nicht übersehen.